Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte = Revue suisse d'histoire religieuse et culturelle = Rivista svizzera di storia religiosa e culturale

Herausgeber: Vereinigung für Schweizerische Kirchengeschichte

Band: 104 (2010)

Artikel: "Die Kirchen besetzen das Bundeshaus" : die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz und Dritte Welt als Wendepunkt in der Entwicklungspolitik?

Autor: Tschirren, Stephan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-327765

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Die Kirchen besetzen das Bundeshaus». Die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz und Dritte Welt als Wendepunkt in der Entwicklungspolitik?

Stephan Tschirren

«Bundeshaus vorübergehend von Kirchen besetzt». Dies wäre, so schreiben Hans K. Schmocker und Michael Traber im Tagungsbericht, die passende Anschrift an den Türen zum Bundeshaus gewesen, als im November 1970 die «Interkonfessionelle Konferenz Schweiz und Dritte Welt» an zwei Wochenenden im Nationalratssaal tagte.[1] Die Kirchen hätten sich aber nicht für einen Gottesdienst im Bundeshaus eingefunden, sondern «im Dienst einer sehr weltlichen Sache».

Dabei haben, so Schmocker und Traber, zwei Sachen «Erstaunen und Unbehagen» ausgelöst: Einerseits hätten sich die Kirchen «erdreistet» im Nationalratsaal Platz zu nehmen, um eine sehr säkulare Rolle einzunehmen, andererseits sei die Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer gar nicht zu vergleichen gewesen mit einer gewöhnlichen «gottesdienstlichen» Versammlung.

Es ist aus heutiger Sicht in der Tat bemerkenswert, dass die drei Landeskirchen als Träger einer Konferenz zur Entwicklungspolitik auftraten und dass diese im Nationalratssaal stattfinden konnte. Dieser Beitrag geht der Frage wie diese Konferenz zustande kam. Er versucht sie in die damaligen politischen und kirchlichen Veränderungen einzuordnen, zeichnet ihren Verlauf nach und fragt schliesslich nach den konkreten Auswirkungen und Folgen der Konferenz.

Von der Entwicklungshilfe zur Drittweltbewegung

In den frühen Jahren der Entwicklungshilfe dominierte ein technisches Entwicklungskonzept die Diskussionen wie das Armutsproblem in den Ländern des Südens gelöst werden sollte. Das Bild der Entwicklungsländer als «unterentwickelte» Gebiete, die auf finanzielle und technische Hilfe der Industrieländer angewiesen sind, geht auf das «Punkt-Vier-Programm» Harry Trumans von 1949 zurück. Dieses Bild war auch für die frühe Entwicklungshilfe in der Schweiz

[1] Siehe Hans K. Schmocker/Michael Traber, Schweiz – Dritte Welt. Berichte und Dokumente der Interkonfessionellen Konferenz in Bern, Zürich/Freiburg, 1971, 9.

prägend. Die Entwicklung wurde als Prozess angeschaut, den die «entwickelten» Länder schon durchgemacht haben und welcher den «unterentwickelten» Gebieten noch bevorstand. Man sprach von «nachholender Entwicklung» und es wurde davon ausgegangen, dass das Problem der Armut mit genügend technischer und finanzieller Hilfe behoben werden könne.[2]

In der zweiten Hälfte der 50er und zu Beginn der 60er Jahre kam es zu einer eigentlichen Aufbruchstimmung in der Entwicklungshilfe. 1955 wurde die erste private Hilfsorganisation, das *Schweizerische Hilfswerk für aussereuropäische Gebiete* (SHAG, heute Helvetas) aus der Taufe gehoben. Das Heks und die Schweizer Auslandhilfe (heute Swissaid), die zuvor den Wiederaufbau in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützt hatten, verlegten ihre Tätigkeiten in die Entwicklungsländer.[3] 1961 wurden die beiden kirchlichen Hilfswerke, das katholische Fastenopfer und das reformierte Brot für Brüder (heute Brot für alle) gegründet.

Die Begeisterung für die Entwicklungshilfe, welche die Schweizer Bevölkerung erfasst hatte, hielt nicht lange an. An der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) am 18. Juni 1968 schätze Franz Baumann, der Zentralsekretär der dritten Aktion Brot für Brüder, die Stimmung in der Bevölkerung wenig optimistisch ein:

> «Es ist nicht zu übersehen, dass in unserem Volke seit der letzten Aktion ‹Brot für Brüder› eine Stimmungsänderung eingetreten ist, die im Blick auf das, was man Entwicklungshilfe nennt, von Müdigkeit über Skepsis bis zu latentem Malaise reicht. [...] Die sich häufenden Hinweise auf die jetzt immer mehr und deutlicher hervortretenden ökonomischen, wirtschaftlichen und soziologischen Fakten von Zurückgebliebensein gezeichneter und von Hunger bedrohter Erdteile stossen weithin auf unwirsche Ablehnung oder notorische Vogel-Strauss-Haltung.»[4]

Franz Baumann stellte eine verbreitete Skepsis und Desillusionierung in der Bevölkerung fest. Er führte diese auf das Bekanntwerden neuer entwicklungspolitischer Fakten zurück und stellte damit implizit das bisher vorherrschende Entwicklungsparadigma in Frage. Er war damit nicht allein. Ab den 60er Jahren kam immer mehr Kritik an der Modernisierungstheorie und dem Konzept der nachholenden Entwicklung auf. Diese Kritik baute auf die Arbeiten von Raúl

[2] Siehe René Holenstein, Was kümmert uns die Dritte Welt. Zur Geschichte der internationalen Solidarität in der Schweiz, Zürich 1998, 24.

[3] Die Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) beschloss am 13. März 1961 die Tätigkeit des Heks auf aussereuropäische Gebiete auszudehnen, siehe Heinrich Hellstern, Weltweite Nachbarschaft – 20 Jahre Heks. Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz in den Jahren 1945 bis 1964, Zürich 1964, 53. Die heutige Swissaid änderte ihren Namen zwar bereits 1956 von Schweizerische Europahilfe (SEH) zu Schweizerische Auslandhilfe (SAH), eigene Projekte ausserhalb von Europa wurden aber erst ab 1960 lanciert, siehe Caroline Bühler, Die Mobilisierung der Öffentlichkeit. Die nationalen Kampagnen der Schweizerischen Auslandhilfe (SAH) 1956–1964, in: Peter Hug/Beatrix Mesmer (Hg.), Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik, Studien und Quellen 19, Bern 1993, 510–524, hier 511.

[4] StaL, Arbeitsgemeinschaft BFB – FO – SW 1968/1969/1970, Mappe «Berichte», Franz Baumann, Aktionskomitee Brot für Brüder III, Rapport des Präsidenten vor der Abgeordnetenversammlung des Kirchenbundes, 18.6.1968.

Prebisch und Hans Singer, die bereits in den 50er Jahren feststellten, dass eine Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt ihre Austauschrelationen verschlechtere statt verbessere.[5] Die von dieser These ausgehende Dependenztheorie veränderte den Blick auf die bisherige Entwicklungshilfe auch in der Schweiz. Als Ursache für die Armutsproblematik wurde nicht mehr nur die Unterentwicklung und damit verbunden ein Nachholbedarf der Entwicklungsländer ausgemacht. Zwischen der Armut im Süden und dem Reichtum im Norden wurde eine direkte Verbindung hergestellt. Unterentwicklung wurde nicht länger als Folge fehlender Entwicklung angeschaut, sondern hatte strukturelle Ursachen. Diese Kritik am bisherigen Entwicklungsverständnis veränderte auch den Blick auf die schweizerische Gesellschaft und stellte den eigenen Anteil an der Not in den Entwicklungsländern zur Debatte. Der Wandel, der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die Gesellschaft in der Schweiz in mancher Hinsicht tief greifend umgestaltete, beeinflusste das Verständnis von Entwicklungshilfe und die Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Solidarität mit der Dritten Welt ging nun für viele Leute über karitative Hilfe hinaus, sie wurde zur Kritik an der eigenen Gesellschaft. Die Industrieländer waren nicht mehr länger Vorbild und Entwicklungsziel, sondern Profiteure und Verursacher der Armut.[6] Man wurde sich bewusst, dass die Probleme in den Drittweltländern nicht hausgemacht waren und durch finanzielle Hilfe und Vermittlung von Wissen gelöst werden konnten, sondern dass sie mit dem Reichtum und dem Lebensstil, der im Norden gepflegt wurde, in direktem Zusammenhang standen. Die Problematik verschärfte sich noch durch die Hochkonjunktur in den 50er und 60er Jahren.

Dies veränderte die Auffassung von Entwicklungshilfe. Dominierten vorher Geldsammlungen und die Unterstützung von Hilfsprojekten im Süden, begann man sich jetzt auch in die politische Diskussion in der Schweiz einzumischen. Mit Informations- und Sensibilisierungskampagnen wollte man der Bevölkerung in der Schweiz zeigen, dass mit unserem Reichtum und Lebensstil eine nicht unwesentliche Ursache der weltweiten Armut in der Schweiz zu finden war.

Die Drittweltbewegung, die diese Themen aufnahm und in der Gesellschaft zu einer breiten Resonanz verhalf, lässt sich nur im Kontext der 68er-Bewegung erklären. Unter dem Eindruck der Ereignisse in den Nachbarländern kam es 1968 auch in der Schweiz, in verschiedenen Städten, an Universitäten und Schulen zu Protestaktionen. In einer ersten Phase richteten sich die Proteste in erster Linie gegen Schulen und Universitäten. Gefordert wurde beispielsweise die Demokratisierung der Unterrichtsmethoden, eine Reform der Studienpläne oder der Verzicht auf eine Erhöhung der Studiengebühren.[7] Schon bald ging es aber auch um breitere Themen und es wurde eine radikale Umgestaltung der ganzen Ge-

[5] Siehe Manuel Schär, Strukturveränderungen statt Entwicklungshilfe? Rezeption und Diffusion der Dependenztheorie in der schweizerischen Entwicklungspolitik 1968–1978, Liz. Univ. Bern, Bern 2007, 29.

[6] Siehe Holenstein, Was kümmert uns die Dritte Welt (wie Anm. 2), 132.

[7] Siehe Christina Späti, 1968 in der Schweiz. Zwischen Revolte und Reform, in: dies./Damir Skenderovic (Hg.), 1968 – Revolution und Gegenrevolution. Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz, Itinera Fasc. 27 (2008), 51–66, hier 52 f.

sellschaft gefordert. Christina Späti benennt die grossen Themen der 68er Bewegung: die Kritik am kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, an den faschistischen Tendenzen und an der Dominanz der westlichen Welt über die Entwicklungsländer.[8]

In der Sensibilisierung für die Nord-Süd-Thematik spielte der Vietnamkrieg eine zentrale Rolle. Der Befreiungskampf in Vietnam nährte Hoffnungen auf grosse gesellschaftliche Veränderungen, der Protest gegen den Vietnamkrieg war für die 68er Teil eines weltweiten antiimperialistischen Kampfes. René Holenstein betont, dass durch die Vietnam-Solidarität für die jüngere Generation der Nord-Süd-Konflikt bestimmend wurde, während die Kriegsgeneration weiterhin auf die Auseinandersetzung zwischen Ost und West festgelegt war.[9]

Die Drittweltproblematik war für die 68er Bewegung einer von mehreren Ansatzpunkten, für die von ihnen angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen. Sie steht damit in einer Reihe mit Umweltschutzanliegen, der Friedens- und Anti-Atombewegung, dem Kampf der Frauen um Gleichberechtigung sowie der Forderung nach kulturellen Freiräumen, aber auch mit der Überfremdungsfrage oder dem Jurakonflikt.

Der Aufbruch in den Kirchen

Auch für die Kirchen fand in den 60er Jahren ein grosser Wandel statt. Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil gelang der katholischen Kirche der Ausbruch aus der Enge des vorkonziliaren Katholizismus. Mit dem Dekret über den Ökumenismus stellte sie die Beziehungen zu den anderen christlichen Kirchen auf eine neue Grundlage. Nimmt man die ablehnende Haltung Roms gegenüber dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) zum Massstab, so waren die Aussagen des Konzils zum ÖRK revolutionär. Die katholische Kirche nahm Abschied von der Haltung, dass eine Einheit der Christen nur über die «Rückkehr» der anderen Konfessionen zur katholischen Kirche zu realisieren sei. Stattdessen betonte das Konzil die Gemeinsamkeiten der Lehre von Katholiken und Protestanten. «Unitatis redintegratio» würdigte die Bemühungen der ökumenischen Bewegung für die christliche Einheit, den Dialog und das gegenseitige Verständnis. Das Dekret schloss mit einem Aufruf an alle Katholiken sich an den ökumenischen Bemühungen zu beteiligen. Karl Rahner und Herbert Vorgrimler würdigen das Ökumenismusdekret dementsprechend:

> «Das Dekret ist in Sprache und Mentalität ein Fortschritt innerhalb einer seit der Gründung des Weltrats der Kirchen angebahnten Entwicklung. Der Sache nach bringt es einen entscheidenden Schritt nach vorwärts: den Eintritt der katholischen Kirche in die ökumenische Bewegung.»[10]

[8] Siehe Späti, 1968 in der Schweiz (wie Anm. 7), 55.
[9] Siehe Holenstein, Was kümmert uns die Dritte Welt (wie Anm. 2), 171.
[10] Karl Rahner/Herbert Vorgrimler, Kleines Konzilskompendium, Freiburg i.Br. [29]2002, 227.

Aus entwicklungspolitischer Sicht setzte die Enzyklika «Populorum progressio» von 1967 ein starkes Zeichen. Einerseits forderte sie im Namen der Solidarität mehr konkrete Mittel und rief zum Teilen des eigenen Reichtums auf. Andererseits übte «Populorum progressio» Kritik an den aktuellen Wirtschafts- und Handelsstrukturen, die den Entwicklungsländern keine Entwicklungschancen gaben.[11]

Mit dem Aufruf zur Beteiligung an den ökumenischen Bemühungen durch das Konzil und den klaren entwicklungspolitischen Positionen von Populorum progressio bereitete die katholische Kirche ihr Terrain vor für gemeinsame konfessionsübergreifende Aktivitäten und ein verstärktes Engagement in Entwicklungsfragen. Davon profitierte nicht zuletzt auch die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz – Dritte Welt.

Zu einem wichtigen Bezugspunkt politisch engagierter Christen wurde zudem der ÖRK, bei dem es in den 60er Jahren zu einer thematischen Neu-Orientierung kam. Die Hoffnung auf substantielle Fortschritte bei der Einheit der christlichen Kirchen, die noch an der Vollversammlung 1961 in Neu-Delhi spürbar gewesen war, hatte sich nicht im gewünschten Mass erfüllt. Auch aus diesem Grund befasste sich die vierte Vollversammlung des ÖRK, die 1968 in Uppsala stattfand, stärker mit dem aktuellen Zustand der Welt. Vor allem aber sah sie sich direkt konfrontiert und betroffen von den aktuellen politischen Ereignissen:

> «Aufsehenerregende Schritte in wissenschaftliches Neuland, der Protest revoltierender Studenten, das Erschrecken über politische Morde, kriegerische Zusammenstösse: das sind die Zeichen des Jahres 1968. Vor diesem Hintergrund traf sich die Vollversammlung in Uppsala.»[12]

Den Willen an einer Erneuerung der Kirche und der Welt mitzuarbeiten zeigte sich auch am Motto, unter dem die Versammlung in Uppsala stand: «Siehe, ich mache alles neu!» Der ÖRK wollte die Schreie derer, die sich nach Frieden sehnen, nach Gerechtigkeit rufen und Menschenwürde verlangen, nicht nur hören, er wollte auch handeln. Philip Potter, Generalsekretär des ÖRK von 1972-1984, beschrieb in einem Artikel zum vierzigjährigen Jubiläum des Rates die Aufbruchstimmung:

> «Sicherlich war unsere Verbundenheit im Ökumenischen Rat so stark, dass die Teilnehmer sich frei fühlten, die Stimme – sogar eine grelle – für die Abwesenden zu sein. Und der ökumenische Rat war an einen Punkt gelangt, an dem wir von Feststellungen und Hoffnungen zu mutiger Aktion übergehen mussten. Damals sagten wir oft: ‹Hoffnung ist Liebe in Aktion.› In Uppsala sprach man die Wahrheit in Liebe aus.»[13]

[11] Siehe Populorum progressio 81, zit. in: Enzyklika «Populorum progressio» über die Entwicklung der Völker, Eingeleitet von Oswald Nell-Breuning, Nachkonziliare Dokumentation, Bd. 4, Trier 1967.

[12] Norman Goodall, Bericht aus Uppsala 1968. Offizieller Bericht über die vierte Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen Uppsala 4.–20. Juli 1968, Genf 1968, 1.

[13] Siehe Philip Potter, Die Botschaft und die Botschaften, in: Es begann in Amsterdam. Vierzig Jahre Ökumenischer Rat der Kirchen. Beiheft zur Ökumenischen Rundschau, hg. vom Ökumenischen Rat der Kirchen, Nr. 59, Frankfurt a.M. 1989, 33 f.

Diese «Zuwendung zur Welt» wurde jedoch nicht erst in Uppsala zum Thema. Bereits an der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft, die 1966 in Genf stattfand, rückte die Verantwortung der Kirchen gegenüber der Welt stärker ins Bewusstsein der Teilnehmenden.[14] Die Kluft zwischen Arm und Reich wurde zum brennenden Thema, die Diskussionen waren geprägt durch eine starke Sozialkritik und standen damit ganz in der Tradition der «Bewegung für praktisches Christentum». Das gemeinsame Handeln und die Aufrufe zu sozialer und politischer Aktion waren bestimmend. Auch deshalb wurde im Zusammenhang von Uppsala oft von einem «Säkularökumenismus» gesprochen.[15] Die thematische Neuorientierung blieb aber nicht unumstritten. Kritik entzündete sich insbesondere am Rassismusprogramm, welches nach Uppsala eingerichtet wurde. Vor allem der Sonderfonds des Programms, aus dem teilweise auch Befreiungsgruppen in Lateinamerika und Afrika unterstützt wurden, die sich nicht vollumfänglich von Gewaltanwendung distanzierten, löste viele Diskussionen aus. Es wurden Vorwürfe laut, der ÖRK unterstütze Gewalt und Terror. Auch in der Schweizer Kirche wurde das Programm kritisiert. Während es vom Heks unterstützt wurde, stiess es innerhalb des SEK auf Ablehnung. Vor allem dem Aufruf des ÖRK an ausländische Unternehmen sich aus Südafrika zurück zu ziehen, wollte sich der SEK nicht anschliessen. Stattdessen legte er ein eigenes Programm vor, das die Zusammenarbeit mit der Schweizer Wirtschaft und den weissen südafrikanischen Kirchen fördern wollte.[16]

In Uppsala waren viele Themen in konkreter Form präsent, die den Diskurs über die Beziehungen zwischen Nord und Süd im kirchlichen Umfeld stark prägten. Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, Diskriminierung und Gewalt waren zu einem wichtigen Teil der Arbeit des ÖRK geworden. Dies war einerseits auf ein Bedürfnis der Kirchen in den ehemaligen Kolonien zurück zu führen. Andererseits wurden damit aber wichtige Impulse in die Kirchen, vor allem zu Gruppen und Hilfswerken, die sich mit diesen Themen auseinandersetzten, gesandt. Aus der Distanz betrachtet war die Zeit um Uppsala, die späten 60er Jahre, für die ökumenische Bewegung besonders fruchtbar. Für Konrad Raiser wurde Uppsala zu einem Symbol eines breiten Ökumenebegriffs:

> «Die Vollversammlung des ÖRK in Uppsala 1968 ist zum Symbol dieser umfassenden Wahrnehmung des ökumenischen Horizontes geworden. Dies gilt für die ‹interkonfessionelle› wie für die ‹interkulturelle› Dimension der Ökumene.»[17]

[14] Siehe Peter Neuner, Kleines Handbuch der Ökumene, Düsseldorf ²1987, 97.
[15] Siehe Neuner, Kleines Handbuch der Ökumene (wie Anm. 14), 96.
[16] Siehe Holenstein, Was kümmert uns die Dritte Welt (wie Anm. 2), 139.
[17] Konrad Raiser, Ökumene im Übergang. Paradigmenwechsel in der ökumenischen Bewegung?, München 1989, 12.

Neue Ideen für eine schweizerische Entwicklungspolitik

Im Kontext dieser gesellschaftspolitischen und weltkirchlichen Entwicklung kamen auch die Schweizer Kirchen in Bewegung. Für die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz und Dritte Welt waren insbesondere die Aktivitäten von André Biéler von grosser Bedeutung.

Bereits 1964 forderte der Sozialethiker und Ökonom André Biéler in einer Rede vor der Abgeordnetenversammlung des SEK neben Veränderungen der Handelsbeziehungen zwischen Norden und Süden auch eine Erhöhung der Entwicklungshilfe auf drei Prozent des Nationaleinkommens der Industrieländer. Diese Mittel sollten den staatlichen Rüstungs- und Militärbudgets entnommen werden. Die Kirchen, so Biélers Idee, sollten in einer neutralen Vermittlerrolle diesen Vorschlag den jeweiligen Regierungen unterbreiten. Eine vom SEK eingesetzte Studienkommission erarbeitete auf der Basis von Biélers Vorschlägen einen Bericht zuhanden der Weltkonferenz «Kirche und Gesellschaft». Unter dem Titel «Für eine gemeinsame energische Aktion zugunsten der Entwicklungsländer» wurde der Bericht, der 14 Thesen umfasste, der Abgeordnetenversammlung des SEK vorgelegt.[18] Am 21. Juni 1966 wurde er mit Ausnahme der Thesen 12 und 13 angenommen. Die beiden abgelehnten Thesen forderten die Kirche einerseits auf, sich aktiv gegen den Rüstungswettlauf einzusetzen und andererseits bekräftigten sie die Idee André Biélers drei Prozent des Nationaleinkommens der reichen Länder in die Entwicklungshilfe zu investieren. Ohne diese beiden Punkte wurde der Bericht als Arbeitspapier für die Weltkonferenz «Kirche und Gesellschaft», die 1966 in Genf stattfand, dem Ökumenischen Rat der Kirchen übermittelt. Innerhalb der schweizerischen Kirche wurden die Ideen Biélers nicht mehr weiter verfolgt.[19]

André Biéler gab nach diesem Misserfolg seine Ideen jedoch nicht auf. Gemeinsam mit Max Geiger und Lukas Vischer, lud er auf den 14. Januar 1968 etwa 60 Personen in die Tagungsstätte Gwatt ein. Das Dokument, das eine Redaktionskommission im Anschluss an dieses Treffen erarbeitete, wurde im März 1968 als Erklärung von Bern (EvB) verabschiedet. Obwohl in der Öffentlichkeit vor allem die persönliche Verpflichtung der Unterzeichnenden drei Prozent des Einkommens für Entwicklungsprojekte einzusetzen wahrgenommen wurde, war die Erklärung von Bern primär ein politisches Dokument zur Schweiz und ihrer Beziehungen zur Dritten Welt. Anne-Marie Holenstein, die als erste Sekretärin der EvB die Unterschriftensammlung koordinierte charakterisiert den Wert dieser Erklärung so:

[18] Siehe Für eine gemeinsame energische Aktion zugunsten der Entwicklungsländer. Bericht des Vorstandes des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes zuhanden der Weltkonferenz «Kirche und Gesellschaft» (12.–26. Juli 1966) über die Vorschläge von Pfr. André Biéler, Dr. Rer.pol., betreffend Hilfe an die Entwicklungsländer, Bern 1966.

[19] Siehe Renate Spörri, Der Einfluss der Erklärung von Bern auf den Bund, in: Hug/Mesmer (Hg.), Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik (wie Anm. 3), 550–569, hier 554.

> «In diesem Dokument manifestierten sich gleichzeitig ein neues politisches Bewusstsein und eine neue Theologie, welche die Neuordnung der eigenen Gesellschaft und der Weltpolitik als ihre Aufgabe verstanden. Es war eine ‹Erklärung›, welche die ethnozentrischen Auffassungen von ‹nachholender Entwicklung›, die im kalten Krieg von links bis rechts gang und gäbe waren, konsequent überwand, indem sie von einer ganzheitlichen politischen Betrachtung der Nord-Süd-Beziehungen ausging und damit Forderungen nach Strukturveränderungen in den Handels- und Finanzbeziehungen verband.»[20]

Die Ideen von André Biéler wurden also schliesslich ausserhalb der kirchlichen Strukturen weiterverfolgt. Doch auch wenn die offiziellen Kirchen sich vorsichtig zeigten und sich nicht exponieren wollten, konnten sie sich den aktuellen Entwicklungen nicht verschliessen. Die Kritik am bisherigen Entwicklungsmodell, die an den internationalen Konferenzen des ÖRK von Vertretern aus dem Süden deutlich geäussert und von kirchlich engagierten Menschen in der Schweiz aufgenommen wurde, beeinflussten die Haltung der offiziellen Kirchenorgane. Zudem wuchs die Einsicht, dass die bisherigen Entwicklungsanstrengungen keine grundsätzlichen Verbesserungen gebracht hatten.

Die Kirchen tagen im Bundeshaus

So wurde der Vorschlag, eine Konferenz zum Thema Schweiz und Dritte Welt zu organisieren positiv aufgenommen und unterstützt. Die Idee dazu stammte von Hans Ruh, der zu dieser Zeit theologischer Mitarbeiter des SEK war. Er hatte als Journalist der Basler Nachrichten 1966 an der Weltkonferenz «Kirche und Gesellschaft» in Genf teilgenommen. Weil die Botschaften dieser Konferenz teilweise stark gesellschaftskritische Positionen vertraten, bereitete es den kirchlichen Institutionen in der Schweiz teilweise Schwierigkeiten sie zu vertreten und zu verbreiten. Die verschiedenen Positionen zur Entwicklungspolitik innerhalb der Kirche in einen gemeinsamen Dialog zu bringen war deshalb ein wesentliches Ziel der Konferenz. Angestrebt wurde aber nicht nur eine innerkirchliche Diskussion, sondern eine gesamtgesellschaftliche Debatte, an der sich Entwicklungsspezialisten, und Vertreter von Wirtschaft und Politik beteiligen sollten. In einem Vortrag umriss Hans Ruh, die Konzeption der Konferenz folgendermassen:

> «Hier soll es nun darum gehen, dass in grossem Stil die Utopisten und die Realisten, die Diagnostiker in unserem Sinne mit den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft konfrontiert werden, damit endlich diese Fragen im schweizerischen Raum verhandelt werden.»[21]

Fehlendes Wissen und der Mangel an fundierter entwicklungspolitischer Information war für viele entwicklungspolitisch engagierte der Hauptgrund für das Desinteresse breiter Bevölkerungskreise an Entwicklungsfragen. Die Notwendig-

[20] Anne-Marie Holenstein/Regula Renschler/Rudolf Strahm, Entwicklung heisst Befreiung. Erinnerung an die Pionierzeit der Erklärung von Bern, Zürich 2008, 15.

[21] StaL, Mappe «Berichte» (wie Anm. 4), Die Schweiz und die Dritte Welt. Vortrag gehalten von Hans Ruh am FF Fpr. Rapport, 13. Januar 1969 in Bern, 9.

keit einer «umfassenden Bildungsarbeit» war deshalb für die Initianten der ersten gemeinsamen Kampagne von Brot für Brüder, Fastenopfer und Swissaid ein entscheidendes Argument,[22] entwicklungspolitische Informationen waren auch für die Organisatoren der Interkonfessionellen Konferenz ein zentrales Anliegen. Neben der Verbesserung des innerkirchlichen Dialogs und der Vermittlung von Informationen nahm sich die Konferenz schliesslich auch eine direkte politische Mitbestimmung der Kirchen vor:

> «Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund, die römisch-katholische Kirche der Schweiz und die Christkatholische Kirche der Schweiz sind übereingekommen, auf den Herbst 1970 zu einer ‹Interkonfessionellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt› einzuladen. Ziel der Konferenz ist es, den Versuch zu unternehmen, einige Vorschläge zur schweizerischen Entwicklungspolitik zu erarbeiten.»[23]

Mit diesem Ziel erhoben die Organisatoren der Konferenz einen Anspruch, der einerseits über die traditionelle Rolle der Kirche hinausging, andererseits aber durchaus dem damaligen Selbstverständnis entsprach. Bekräftigt wurde er zudem durch die Wahl des Tagungsortes im Bundeshaus.

Die Verantwortung für die Konferenz lag bei einem ökumenischen Studienausschuss, der von Justitia et Pax, der Theologischen Abteilung des SEK und der Christkatholischen Kirche gemeinsam getragen wurde.[24] Für die Organisation der Konferenz wurde Hans Ruh vom SEK ab 1969 freigestellt. Der Direktor von Justitia et Pax, Joseph Clerc arbeitete ab Anfang 1970 vollamtlich an der Vorbereitung mit. Bereits vor der Konferenz wurden den Teilnehmenden insgesamt vierzehn Studiendokumente und Papiere zur ökonomischen und politischen Lage der Entwicklungsländer, der Handelspolitik als Instrument der Entwicklungspolitik, den Aspekten privater und öffentlicher Investitionen in die Entwicklungshilfe den Themenkreisen Kultur und Entwicklung sowie zu Erziehung und Ausbildung, zugestellt.[25] Auch die Forderung nach Abrüstung wurde erneut thematisiert, allerdings nicht mit der Drei-Prozent-Forderung Biélers verbunden.

Die Einladungen für die Konferenz gingen an ein breites Publikum, namentlich Fachleute aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft, Vertretern und Vertreterinnen von Hilfswerken, Kirchen und Missionsgesellschaften, Gäste aus dem Süden sowie Vertreterinnen und Vertretern der Jugend. Schliesslich folgten der Einladung ungefähr 250 Personen.

[22] Siehe StaL (wie Anm. 4), Kontaktgespräch zwischen einer Delegation des Aktionskomitees «Brot für Brüder 3» und einer Vertretung des Fastenopfers der Schweizer Katholiken, 6. Juni 1968, 1.

[23] Interkonfessionelle Konferenz: Schweiz und Dritte Welt. Dokument Nr. 1, Bern 1970.

[24] Mitglieder des Studienausschusses waren: A. Biéler, Nyon; R. Bréchet, Genf; P. Bungener, Carouge; Ch. Eckenstein, Bern; J. Gaegauf, Zürich; P. Gessler, Männedorf; J. L. Juvet, Neuenburg; D. Maillat, Neuenburg; Y. P. Ong, Zürich; H.-P. Peter, Zürich; R. Pestalozzi, Bern; F. Raaflaub, Basel; A. Rich, Zürich; J. P. Rüttimann, Bern; Ch. Schaechtelin, Lausanne; F. Schuppisser, Bern; R. Strahm, Burgdorf; W. Wittmann, Fribourg; B. Zanetti, Bern. Beauftragte der Kirchen: H. Ruh, Bern; J. Clerc, Bern; K. Stalder, Bern. Zit. in: Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 18.

[25] Siehe Interkonfessionelle Konferenz: Schweiz und Dritte Welt (wie Anm. 23), 7–14.

Die erste Session, die vom 30. Oktober bis am 1. November dauerte, diente einer Auslegeordnung der Argumente und der Anhörung der Fachleute. Dabei waren einige bekannte Persönlichkeiten zu hören. Das Eröffnungsreferat hielt Alt-Bundesrat und ehemaliger Aussenminister Willy Spühler, der als Tagungspräsident gewonnen werden konnte. Im Verlauf des ersten Konferenztages sprachen zudem der amerikanische Vorsitzende des Entwicklungsausschusses (DAC) der OECD, Botschafter E. Martin und der Direktor des Schweizerischen Bankvereins Franz Lütolf. Während E. Martin über die Entwicklungsleistungen der westlichen Industrieländer insbesondere der Schweiz sprach und ihr ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis ausstellte,[26] forderte Lütolf eine Verdoppelung der schweizerischen Entwicklungshilfe um wenigstens auf den Durchschnitt der DAC-Länder zu kommen.[27] Auf Antrag der Jugendfraktion wurde die Nachmittagssession durch Gewerkschafter Francis aus Jamaika als Vertreter aus dem Süden eröffnet.[28] Seine Anklage der ausbeuterischen Rolle der Schweiz wurde gelobt und kritisiert. Ein erstes Mal zeigte es sich, dass die Teilnehmenden in zwei klare Blöcke geteilt waren. Die Vertreterinnen und Vertreter aus dem Süden, die Jugendfraktion und einige Theologen auf der einen Seite, auf der anderen die Vertreter von Wirtschaft und Verwaltung. Den ersten Konferenztag schloss schliesslich Christoph Eckenstein ab. Der ehemalige handelspolitische Berater der UNO-Sonderorganisation für Handels- und Entwicklungsfragen (UNCTAD) und Mitglied des Studienausschusses der Konferenz referierte zu den handelspolitischen Aspekten der Entwicklungsdiskussion. Der Höhepunkt des ersten Konferenzwochenendes war jedoch die Rede von Raúl Prebisch, dem früheren Generalsekretär der UNCTAD. Als einer der Väter der Dependenztheorie forderte er eine Veränderung im gesamten Machtgefüge. Ohne diese sei eine Entwicklung und die Partizipation aller Menschen an den materiellen und geistigen Gütern der Weltgemeinschaft nicht möglich.[29]

Aufgrund der Materialien aus der ersten Session wurden zwischen den beiden Sessionen Textentwürfe erstellt, die den fünf Arbeitsgruppen als Grundlage dienten. Diese Gruppen erarbeiteten in der zweiten Session, die vom 20. bis 22. November dauerte, fünf Schlussdokumente zu den Themen Mensch und Gesellschaft in der Entwicklung, Information und Bewusstseinsbildung, Technische Zusammenarbeit, Handelsfragen und finanzielle Beziehungen zu den Entwicklungsländern.[30] Die Abschlussdokumente nahmen zuerst eine Darstellung und Analyse der Problematik vor. Dabei wurden durchaus klare Formulierungen gefunden. Das Dokument zu Mensch und Gesellschaft in der Entwicklung bei-

[26] Die öffentliche Hilfe der Schweiz stehe, so Martin, im Verhältnis zum Volkseinkommen unter dem Durchschnitt der westlichen Industrieländer; siehe Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 21.

[27] Für den Verlauf der Konferenz siehe Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 20–27, hier 21.

[28] Siehe Holenstein/Renschler/Strahm, Entwicklung heisst Befreiung (wie Anm. 20), 38.

[29] Siehe Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 24.

[30] Die Schlussdokumente sind zu finden bei: Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 43–117.

spielsweise betonte, dass für eine «echte Entwicklung» gleichzeitig «die Erneuerung des Menschen und der Gesellschaft und somit die Schaffung neuer Sozialstrukturen» nötig sei. Im selben Dokument findet sich auch ein Katalog mit praktischen Handlungsvorschlägen. Diese Vorschläge richteten sich in erster Linie an die Kirchen, die durch ihre Stellungnahme zugunsten der Unterdrückten nicht umhin kämen, «die bestehenden Wirtschafts- und Sozialsysteme in Frage zu stellen und folglich Änderungen in der Gesellschaft hervorzurufen.»[31]

Die zweite Session verlief äusserlich weniger spektakulär als die erste. Auch wenn in den Gruppen die Meinung teilweise heftig aufeinander prallten, fand sich in den fünf Abschlussdokumenten eine «unerwartete Einmütigkeit», wie Schmocker und Traber festhielten. Für sie war das «eigentliche Aufsehenerregende» an der Konferenz, dass «die Teilnehmer einen grossen Lernprozess durchgemacht hatten».[32]

Die Herausforderung der Jugend

Neben den Vertretern von Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Kirchen luden die Organisatoren der Interkonfessionellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt auch eine Gruppe junger Leute ein. Viele von ihnen stammten aus dem Umfeld der Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W), die bereits in den Jahren zuvor durch verschiedene Aktionen zur Entwicklungspolitik von sich Reden gemacht hatte.[33] Vor allem die Weihnachtsaktionen, die unter dem Motto «Denken statt schenken» auf das Missverhältnis zwischen vorweihnächtlichem Massenkonsum und der Armut in der Dritten Welt aufmerksam machte, wurde in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen.

Bereits im Vorfeld der Konferenz fand ein erstes Treffen der Jugendvertreter und -vertreterinnen statt. Weil ihrer Ansicht nach schon die Konzeption der Konferenz schwerwiegende Schwächen aufwies, wurde sogar über einen Boykott der Konferenz diskutiert. Der Boykottvorschlag fand innerhalb der Jugendfraktion jedoch keine Mehrheit. Noch vor der Konferenz verbreitete die Jugendfraktion eine Stellungnahme, die ihren Blick auf die Grundlagen einer schweizerischen Entwicklungspolitik wiedergab:

1. «Es gilt, nach den Ursachen der sogenannten Unterentwicklung zu forschen. Diese liegen nicht primär in den ‹Entwicklungsländern›, sondern bei uns. Wir sind das Problem.

2. Die ‹Entwicklungsländer› müssen nicht einfach einen Rückstand aufholen, sondern sich vom ausbeuterischen Diktat der Industrieländer befreien.

[31] Siehe Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 51.
[32] Siehe Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 26.
[33] Siehe Rahel Fischer, «Die Solidarität in den Strukturen». Entwicklungspolitische Konzepte, Aktionen und Lebenswelten der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern 1968–1976, Liz. Univ. Bern, Bern 2007.

3. Entwicklungshilfe im üblichen Sinn führt nicht zum Ziel; nötig sind Strukturveränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen; dies setzt Strukturveränderungen in unserem Lande voraus.

4. In der Entwicklungspolitik kommt es nicht so sehr darauf an, mehr zu geben, als vielmehr weniger zu nehmen. Die Schweiz ist einem Räuber zu vergleichen, der dem Opfer einen winzigen Teil der Beute als ‹Entwicklungshilfe› zurückgibt.»[34]

Zu Beginn der Konferenz warf die Jugendfraktion grundsätzliche Fragen auf: Warum wurden so wenige Vertreter aus Entwicklungsländern eingeladen? Warum bemühte man sich nicht, Vertreter aus sozialistischen Staaten wie Tanzania, Sambia, Algerien, Kuba usw. nach Bern zu bekommen? Warum wurden die Erfahrungen des grössten Entwicklungslandes, China, ignoriert? Warum wird das Problem des Rassismus im südlichen Afrika nicht erwähnt? Warum werden die prophetischen Figuren Lateinamerikas (wie Dom Helder Câmara und Ivan Illich) übergangen?[35] Die Vertreterinnen und Vertreter der Jugendfraktion stellten sich auf den Standpunkt, dass die Konferenz die grundlegenden strukturellen Fragen zu wenig berücksichtigte und forderten, die Ursachen der Armut und des Hungers, stärker ins Zentrum zu stellen. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, traten die Mitglieder der Jugendfraktion in einen 24-stündigen Hungerstreik, der auch in der Presse Beachtung fand.[36]

Schmocker und Traber betonten mehrfach das Engagement und das grosse Fachwissen der Vertreterinnen und Vertreter der Jugendfraktion. Dank ihnen fanden auch einige durchaus kritische Ansätze Eingang in die Schlussdokumente. Allerdings gingen der Jugendfraktion die Aussagen der Konferenz zu wenig weit. Sie kritisierten, dass die Ursachen der Unterentwicklung im Schlussbericht zu wenig thematisiert worden seien. In einer eigenen Schlusserklärung, bekräftigten die Jungen ihre Positionen. Sie betonten, dass sie an der Konferenz «nach Möglichkeiten einer wirksameren schweizerischen Entwicklungspolitik» gesucht und sich dabei an die gesellschaftlichen Realitäten der Schweiz gehalten hätten. Allerdings, so gab die Jugendfraktion zu bedenken, sei das aktuell Mögliche nicht das Notwendige für die Menschen in den Entwicklungsländern. Zudem seien die nötigen Veränderungen nur im politischen Kampf zu erreichen und sie selber seien bereit, sich für Veränderungen zugunsten der Dritten Welt zu engagieren. Schliesslich forderten sie als langfristig Betroffene der aktuellen Politik konkrete Mitspracherechte und Vertretungen der Jungen in entwicklungspolitischen Gremien.[37]

Sowohl in den Zeitungsberichten über die Konferenzen als auch in Rückblicken, wie zum Beispiel im Missionsjahrbuch 1971 fanden die Aktionen und Interventionen der Jugendfraktion grosse Beachtung. Al Imfeld bezeichnet den «Aufstand der Jugendfraktion» sogar als das «Bedeutungsvollste und zugleich

[34] Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 29 f.
[35] Siehe Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 29.
[36] Siehe Entwicklung durch Revolution oder Evolution? in: Tagesanzeiger, 2. November 1970.
[37] Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 34 f.

auch Dramatischste» an dieser «welthistorischen Debatte im kleinen».[38] Der Einfluss der Jugendfraktion zeigte sich konkret auf zwei Ebenen. Einerseits prägten sie die Konferenz mit ihrem Auftreten und den angewendeten Methoden, mit denen andere Konferenzteilnehmer teilweise Mühe bekundeten. Andererseits schlug sich die Mitarbeit der Jungen inhaltlich in den Abschlussdokumenten nieder. Die Konferenz bekam einen «Linksdrall», der in dieser Form wahrscheinlich nicht voraus gesehen wurde.

Die Auswirkungen der Konferenz

Die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz - Dritte Welt wirkte in vielfältiger Weise nach. Einerseits hatte sie konkrete institutionelle Auswirkungen. Die Gründung, der i3w, der Informationsstelle Dritte Welt, die der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke angegliedert wurde, geht beispielsweise auf eine Empfehlung im Schlussdokument zu Information und Bewusstseinsbildung zurück. Zudem stand die Gründung des Instituts für Sozialethik des SEK in einem engen Zusammenhang mit der Vorbereitung der Konferenz.[39] Die Anfrage des SEK nach einer katholischen Beteiligung an der Vorbereitung war schliesslich auch der entscheidende Anstoss zur Gründung der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax.[40]

In entwicklungspolitisch engagierten kirchlichen Kreisen waren die Konferenz und die von ihr verabschiedeten Dokumente in den folgenden Jahren wichtige argumentative Referenzpunkte, die breit diskutiert wurden. So machten der Schweizerische Katholische Missionsrat (SKM) und der Schweizerische Evangelische Missionsrat (SEMR) im Missionsjahrbuch von 1971 – zum ersten Mal gaben es die beiden Missionsräte in diesem Jahr übrigens gemeinsam heraus – einen ausführlichen Rückblick auf die Konferenz. Auch für die kirchlichen Hilfswerke bildeten die Konferenzdokumente einen wichtigen Bezugspunkt ihrer Arbeit. So publizierten Brot für Brüder und Fastenopfer in einem Büchlein ausgewählte Dokumente und Kommentare der Konferenz.[41] Ihre Bedeutung für die Hilfswerksarbeit zeigt sich auch im Beschluss der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt auf die Klage des Zürcher Regierungsrates gegen Brot für Brüder wegen Spendenmissbrauchs nicht einzutreten. In der Begründung wird wie folgt auf die Konferenz Bezug genommen:

[38] Siehe Al Imfeld, Die Konferenz in der Rückblende, in: Auf dem Weg zu einer schweizerischen Entwicklungspolitik. Missionsjahrbuch der Schweiz 1971, 38. Jahrgang, Freiburg/ Basel 1971, 8–13, hier 12.

[39] Siehe Gespräch mit Hans Ruh am 3. August 2010.

[40] Siehe Sabine Vonlanthen, Justitia et Pax 1969–1993. Die Schweizerische Nationalkommission im Spannungsfeld zwischen Kirche und Politik, Freiburg 2005, 32 f.

[41] Siehe Brot für Brüder/Fastenopfer, Mission – Entwicklungshilfe: Texte zu ungelösten Fragen – Ausgewählte Dokumente der «Interkonfessionellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt» in Bern, versehen mit Kommentaren, Fakten und Zahlen, Luzern 1970.

> «Aus den oben zitierten Empfehlungen der Interkonfessionellen Konferenz in Bern 1970 geht deutlich hervor, dass sich die Information der Hilfswerke heute nicht mehr auf solche im Rahmen des Zwecks der von diesen Hilfswerken durchzuführenden Hilfskampagne halten kann, wie dies von den Anzeigestellern behauptet wird. Die Hilfswerke ‹Brot für Brüder›, ‹Swissaid› u.a. sind der Meinung, dass sie dringend auf ein aussenpolitisches Klima angewiesen seien, in dem ihre Arbeit fruchtbar werden könne. Entwicklungshilfe bedeute nicht nur, Wunden zu heilen, sondern deren Ursachen zu verhindern. Eine der Ursachen dieser Wunden seien jedoch zweifellos die Waffenlieferungen.»[42]

Die handelspolitischen Fragen, die an der Konferenz eine wichtige Rolle gespielt hatten wurden an interkonfessionellen Tagungen im Tagungs- und Studienzentrum Boldern weiter diskutiert. So fand beispielsweise im Juni 1972 unter dem Titel «Kirchen, Aussenhandel und Entwicklungsländer» eine Konferenz zu Fragen der UNCTAD III Konferenz in Santiago statt. Die Tagungsunterlagen bezogen sich explizit auf die Interkonfessionelle Konferenz.[43]

Trotzdem stellt sich die Frage, wie breit die Aussagen der Konferenz Schweiz – Dritte Welt wirklich rezipiert wurden und welchen Stellenwert sie beispielsweise in den kirchlichen Institutionen erhielten. Zwar betont Urs Altermatt, dass sich die Schweizer Bischöfe vermehrt zu gesellschaftspolitischen Themen äusserten.[44] Ob dies allerdings eine direkte Auswirkung der Interkonfessionellen Konferenz war, darf bezweifelt werden. In den Rückblicken auf die Konferenz wurden denn auch Zweifel laut, ob die Kirchen sich genügend der Resultate annahmen. Deshalb betonte Hans-Balz Peter in einem Bericht über die Konferenz es sei wichtig, dass die Kirchenleitungen die Konferenzergebnisse nicht unter den Tisch kehrten:

> «Obgleich die veranstaltenden Kirchen mehrmals betonten, die Konferenz habe für sie nur konsultativen Charakter und die Entscheidungen über die aufgeworfenen Fragen müssten den Kirchenleitungen vorbehalten bleiben, haben sie zweifellos zumindest eine moralische Verpflichtung, die Arbeit und die Empfehlungen der von ihr einberufenen Konferenz ernst zu nehmen. [...] Die Kirchenleitungen müssen deshalb, wenn sie nicht die in ihrem Auftrag von den Konferenzteilnehmern geleistete Arbeit missachten wollen, deren Anregungen als kirchlichen Auftrag anerkennen und in ihre ‹Tagesordnung› aufnehmen. [...] Tatsächlich haben die drei beteiligten Schweizer Kirchen mit der Einberufung und Durchführung der interkonfessionellen Konferenz ein Mandat übernommen, das sie nicht fallen lassen dürfen, sondern verantwortlich weiterführen müssen.»[45]

[42] Siehe Bfa-Archiv, Erste Bfa-Publikationen, Beschluss der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt vom 27. November 1972 das Strafverfahren gegen die verantwortlichen Mitglieder des Schweizerischen Aktionskomitees «Brot für Brüder», Missionsstrasse 21, 4000 Basel (einzustellen), 2.

[43] Siehe Kirchen, Aussenhandel und Entwicklungsländer. Arbeitsbericht. Interkonfessionelle Studientagung für kirchliche Behörden und Kirchenmitglieder über Fragen der Unctad III in Santiago und der Interkonfessionellen Konferenz «Schweiz – Dritte Welt», 23./24. Juni 1972, im Tagungs- und Studienzentrum Boldern, Männedorf, Männedorf 1972, 1 f.

[44] Siehe Urs Altermatt, Konfession, Nation und Rom. Metamorphosen im schweizerischen und europäischen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Frauenfeld 2009, 285.

[45] Hans-Balz Peter, Offene Fragen nach der Interkonfessionellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt 1970 – Aufgaben für die Kirchen, Missionen und Hilfswerke, Bern 1971 (Studien

Al Imfeld wurde im Missionsjahrbuch von 1971 noch deutlicher. Wie Hans-Balz Peter betonte er die Verantwortung der Kirchen «dafür zu sorgen, dass nicht alles vergessen geht». Es liege an ihnen, «diese Berner Konferenz nicht im Gestrüpp ihrer organisatorischen Schwierigkeiten zu verstricken». Vor allem befürchtete Imfeld, dass die Synode 72 die Themen der Interkonfessionellen Konferenz überschatten könnte:

> «wenn dem so wäre, dann könnte man sagen, dass die Synode ein leeres Gerede sei. Denn auch die Synode wird sich nur bewähren angesichts der Probleme der Dritten Welt – im missionarischen Sinn. Eine nur nach innen gerichtete Kirche betreibt Totenkult, trauert am leeren Grabe, aber vergisst, dass der Herr bereits auferstanden und unterwegs ist [...]»[46]

Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik

Wie ist vor dem Hintergrund dieser Aussagen, die Bedeutung der Konferenz Schweiz – Dritte Welt zu sehen? Inwiefern ist sie ein Wendepunkt, wie im Arbeitsbericht der interkonfessionellen Studientagung auf Boldern vom Juni 1972 bezeichnet? Ist sie eher ein Ausdruck des Zeitgeistes einer Ethik des Engagements wie es James Kennedy am Beispiel der Niederlande gezeigt hat? Wie ist sie mit 1968 in Verbindung zu bringen?

Die Interkonfessionelle Konferenz: Schweiz und Dritte Welt nimmt im Hinblick auf das kirchliche Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Stellenwert ein. Unter dem Einfluss der innerkirchlichen Aufbruchstimmung, ausgelöst durch das Zweite Vatikanische Konzil und die Impulse aus der ökumenischen Bewegung, wagten sich die Kirchen in einer Art an das Thema Entwicklungspolitik, die aus heutiger Sicht beeindruckt. Unter dem Patronat der Landeskirchen diskutierten zum ersten Mal Vertreter von Hilfswerken, Kirchen, Wirtschaft und Politik über die Kriterien einer schweizerischen Entwicklungspolitik. Die Konferenz ist in mehrerer Hinsicht bemerkenswert: Die Breite der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, der Tagungsort im Bundeshaus und die klare Zielformulierung offenbaren ein Selbstverständnis der Kirchen als gesellschaftlich und politisch mitbestimmende Kraft. Der niederländische Historiker James Kennedy spricht für die Zeit zwischen 1965 und 1985 von der Säkularisierung in einem engeren Sinn als Prozess, in dem die Kirche versuchte, ihren Auftrag zu erfüllen, indem sie sich der Welt öffnete und sich mit den gesellschaftlichen und politischen Fragen auseinandersetzte.[47] Diese «horizontale» Glaubenspraxis und die gesellschaftlichen Öffnung der Kirchen, die Kennedy am Beispiel der niederländischen Kirchen aufzeigt, lässt sich in der gleichen Periode

---

und Berichte aus dem Institut für Sozialethik des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, 1), 1f.

[46] Al Imfeld, Die Konferenz in der Rückblende (wie Anm. 38), 12 f.

[47] Siehe James C. Kennedy, Recent Dutch religious history and the limits of secularization, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte (SZRKG), 99 (2005), Freiburg 2005, 79–92, hier 88.

auch in der Schweiz fest machen. Beispielhaft dafür sind etwa die Gründung der Erklärung von Bern oder die kirchlichen Hilfswerke Brot für Brüder und das Fastenopfer, die parallel zu ihrer immer enger werdenden Zusammenarbeit auch eine stärker entwicklungspolitische Linie zu verfolgen begannen. Den deutlichsten Ausdruck findet die «Ethik des Engagements» aber in der Ausrichtung der Interkonfessionellen Konferenz: Schweiz und Dritte Welt. Zum Einen traten hier als Organisatoren die drei Landeskirchen selber auf, zum Anderen ging es explizit um politische Fragen. Im Tagungsbericht wird auch festgestellt, «dass es sich bei der Berner Konferenz nicht um Entwicklungs*hilfe* handelte, sondern um Entwicklungs*politik*». Das Ziel der Konferenz sei nicht «die Erhöhung oder die Koordination von Sammelaktionen» gewesen, sondern eine «Grundsatzbestimmung für die Entwicklungspolitik».[48] Für Hans Ruh trug die Interkonfessionelle Konferenz zu einer grösseren Akzeptanz der Entwicklungspolitik in der Schweiz bei. Auch die Vertreter und Vertreterinnen von Verwaltung und Wirtschaft hätten danach verstanden, dass sie in der Schweiz angekommen sei.[49] Kennzeichnend für die kirchliche Aufbruchstimmung dieser Zeit ist schliesslich auch, dass es sich um eine Interkonfessionelle Konferenz handelte. Die Zusammenarbeit über die Konfessionsgrenzen hinweg war ein wichtiges Anliegen und mit vielen Hoffnungen verbunden. Vor allem beim entwicklungspolitischen Engagement der Kirchen wurde dem ökumenischen Aspekt ein zentraler Stellenwert beigemessen.

Ebenso wie als Ausdruck des kirchlichen Aufbruchs spielt die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz und Dritte Welt im Kontext der 68er Bewegung eine wichtige Rolle. Dies ist in erster Linie das Verdienst der Jugendfraktion, die «1968» gewissermassen in die Konferenz hinein trugen. Zum Einen zeigt sich dies an den Methoden der Jugendfraktion. So war ein Hungerstreik an der Konferenz eine Aktionsform, die die AG3W bereits vorher eingesetzt hatte. Zusammen mit Strassenaktionen und Theater, Protestaktionen und dem Verteilen von Informationsmaterial gehörte der Hungerstreik zum Aktionsrepertoire der 68er-Bewegung.[50] Zum Anderen sind auch in sprachlicher und inhaltlicher Hinsicht einige «68er-Einflüsse» festzustellen. In ihrer Dissertation zum Tiermondismus in der Schweiz zeigt Monica Kalt die sprachliche Dimension am Beispiel der beiden Begriffe Armut und Ausbeutung auf.[51] Während der Begriff Armut lediglich einen Zustand beschreibe und keine Beziehung darstelle, umfasse Ausbeutung eine Handlung die Täterinnen und Täter sowie Opfer erfordere. Wenn

[48] Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 13.

[49] Siehe Gespräch mit Hans Ruh (wie Anm. 39).

[50] Siehe Rahel Fischer/Manuel Schär, Tausend Hungertote – Ist die Schweiz mitschuldig? Internationale Solidarität in Bern: Die Arbeitsgruppe Dritte Welt, in: Bernhard C. Schär et al. (Hg.), Bern 68. Lokalgeschichte eines globalen Aufbruchs – Ereignisse und Erinnerungen, Baden 2008, 145–154, hier 148.

[51] Siehe Monica Kalt, Tiermondismus in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre. Von der Barmherzigkeit zur Solidarität, Diss. Univ. Basel, Bern 2010, 274 f.

Armut als Folge von Ausbeutung angesehen werde, dann, so Monica Kalt, werde ein «gerichteter Widerstand» möglich.[52] Der Begriff der Ausbeutung weise so den Weg zu Antworten auf die Frage: Was können wir tun?

Mit der Feststellung, dass die Ursachen der Unterentwicklung «im wesentlichen in unserer eigenen Gesellschaft und ihren Beziehungen zur armen Welt liegen», also, dass die Länder im Norden die «Täter» sind, brachte die Jugendfraktion diese Position zum Ausdruck.[53] Carlo Jaeger, ein Mitglied der Jugendfraktion formulierte es in einem Zeitungsartikel noch deutlicher und nimmt gleichzeitig die Kirchen in die Verantwortung:

> «Es dürfte demnach für die Kirchen kaum darum gehen, für ein gutes Betriebsklima zwischen dem armen Lazarus und dem reichen Prasser zu sorgen, sondern darum, das zu verwirklichen, was viele Schweizer in ihrer Skepsis gegenüber der Entwicklungshilfe mehr oder weniger klar spüren: keine Ausbeutung ist die beste Entwicklungshilfe.»[54]

Auch in den Schlussdokumenten der Konferenz fand die Diskussion um eine neue Terminologie Eingang. Im Dokument zu Information und Bewusstseinsbildung wird etwa festgestellt, dass «das Forschen nach den Ursachen der Entwicklungsunterschiede» zu neuen Fachausdrücken der Entwicklungspolitik führen wird. Es sei fraglich, ob der Begriff Unterentwicklung weiterhin verwendet werden dürfe, wenn die aktuelle Lage der Entwicklungsländer «zum Teil darauf zurückzuführen» sei, dass sie «in unser Wirtschaftssystem» integriert seien.[55] Der ÖRK, so wird bemerkt, spreche in diesem Zusammenhang von Ausbeutung.

Fazit

Die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz und Dritte Welt lässt sich einerseits als Zeichen des Aufbruchs und gesellschaftlichen Engagements der Kirchen sowie als Ausdruck von 1968 interpretieren. Mit dem Auftritt der Jugendfraktion bestand dazu eine direkte, personelle Verbindung zu den «68ern». Daran, dass die Interkonfessionelle Konferenz zum Teil bemerkenswert gesellschaftskritische Positionen vertrat und die Beziehungen der Schweiz zu den Entwicklungsländern in den Schlussdokumenten einen wichtigen Platz einnahmen, hatte die Jugendfraktion einen grossen Anteil. Andererseits bot die Konferenz für die entwicklungspolitisch engagierten Aktivistinnen und Aktivisten eine Plattform, um ihre Kritik am bisherigen Entwicklungsverständnis und die Forderung nach dem Überdenken der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Monica Kalt stellt sich auf den Standpunkt, dass die Konferenz Schweiz – Dritte Welt das Zusammentreffen der beiden «tiermondistischen Diskursstränge» des Antiimperialistischen mit Wurzeln in der 68er Bewegung und

[52] Siehe Kalt, Tiermondismus in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre (wie Anm. 51), 275 f.
[53] Siehe Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 33.
[54] Carlo Jaeger, Die rechte und die linke Hand [Zeitungsausschnitt, SOZARCH ZA 49.1], zit. in: Schär, Strukturveränderung statt Entwicklungshilfe? (wie Anm. 5), 83.
[55] Siehe Schmocker/Traber, Schweiz – Dritte Welt (wie Anm. 1), 71.

des Christlichen ermöglicht habe.[56] Die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz – Dritte Welt bildete deshalb eine wichtige Etappe im Bewusstseinswandel von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik. Vor allem aber war sie der Ausdruck gesellschafts- und entwicklungspolitisch engagierter Kirchen, die zu einem aktuellen und vieldiskutierten Thema die Debatte prägen und beeinflussen konnten. Für einen Moment lang konnte sie sogar die Themenführerschaft für sich beanspruchen, allerdings nicht für sehr lange Zeit. In der Folge wurden diese Themen an kirchliche Institutionen wie das Institut für Sozialethik und Justitia et Pax sowie die Hilfswerke delegiert, die sich weiterhin und erst recht für entwicklungspolitische Anliegen einsetzten. Die Institution Landeskirche trat dagegen nicht mehr aktiv als entwicklungspolitischer Akteur auf.

[56] Siehe Kalt, Tiermondismus in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre (wie Anm. 51), 296.

«Die Kirchen besetzen das Bundeshaus». Die Interkonfessionelle Konferenz Schweiz und Dritte Welt als Wendepunkt in der schweizerischen Entwicklungspolitik?

Der mit dem gesellschaftlichen und kirchlichen Umbruch der späten 60er Jahre verbundene Wandel im Entwicklungsverständnis löste auch innerhalb der schweizerischen Kirchen eine Auseinandersetzung mit der Entwicklungspolitik aus. Mit der Interkonfessionellen Konferenz Schweiz und Dritte Welt gaben die Landeskirchen einen Impuls für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Wahl des Tagungsortes im Bundeshaus, das Spektrum der Teilnehmenden und das Ziel, Kriterien einer schweizerische Entwicklungspolitik auszuarbeiten, zeigte ein politisches Selbstverständnis der Kirchen, das heute so weniger präsent ist. Durch die Mitarbeit der «Jugendfraktion» fanden in den Diskussionen und den Schlussdokumenten auch dependenztheoretische Ansätze eine breitere Beachtung. Diesen Ideen aus der 68er Bewegung bot die Konferenz eine erste öffentliche Bühne, den Kirchen erlaubte sie die Themenführerschaft in einem aktuellen Thema.

«Die Kirchen besetzen das Bundeshaus». La conférence interconfessionnelle Suisse et Tiers monde comme péripétie dans la politique de développement

Les changements dans la conception du développement, induits par les bouleversements sociaux et ecclésiaux de la fin des années 60, provoquèrent une remise en question de la politique de développement, notamment au sein des Eglises suisses. Ces dernières impulsèrent une réflexion approfondie sur le sujet avec la Conférence interconfessionnelle Suisse – Tiers Monde. Le choix de tenir le congrès sous la coupole fédérale, l'éventail des participants et le but fixé – définir les critères d'une politique suisse de développement – démontrent que les Eglises avaient conscience de leur rôle politique, ce qui est moins évident de nos jours. L'approche de la théorie de la dépendance fut retenue dans les discussions et les documents finaux grâce à la collaboration de la «fraction de la jeunesse». La conférence se prêta ainsi à la première présence publique des idées du mouvement de 68 et permit aux Eglises de mener un débat d'actualité.

«Die Kirchen besetzen das Bundeshaus» The Interconfessional Conference Switzerland and the Third World as turning point in the development policy?

The new understandings of development which arose from the social and religious changes of the late 1960s led the Swiss churches to rethink their development politics, and the interdenominational conference ‹Switzerland and the Third World› (*Schweiz und Dritte Welt*) stimulated this debate. The choice of the Federal Palace in Bern as the venue for the conference, the wide range of personalities taking part, and the goal of developing criteria for Swiss development policies revealed that the churches saw themselves as having much more of a political role than they seem to nowadays. The Christian youth movements succeeded in gathering support for approaches based on dependency theory, which found a wider acceptance in the discussions and final documents. At this conference ideas which had come out of the 1968 political movements were given their first public airing on a national stage and this allowed the churches to play a leading role in a contemporary debate.

Schlüsselbegriffe – Mots clés – Keywords
Entwicklungspolitik – Politique de développement – development policies, Ökumene – oecuménisme – ecumenism, Landeskirchen – Eglises nationales – Landeskirchen, 68er Bewegung – mouvement de 68 – movement of 1968, Dritte Welt – Tiers Monde – Third World.

Stephan Tschirren, lic. phil., studierte in Freiburg i. Ue. und Barcelona Geschichte und vergleichende Religionswissenschaften.